



■ Zwischenruf der AGF

Familien zahlen die Rechnung für die aktuelle Reformpolitik – Was ist der Plan, Bundesregierung?

Die in der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) zusammengeschlossenen Verbände kritisieren, dass die Bundesregierung offensichtlich den Überblick über die Folgen ihrer Spar- und Reformpolitik für Familien verloren hat. Während sie die unterschiedlichen Reformvorhaben in den einzelnen Ressorts weitgehend isoliert voneinander behandelt, droht die Vielzahl bereits umgesetzter und geplanter Einschnitte Familien finanziell und zeitlich erheblich zu belasten und die Vereinbarkeit von Sorgearbeit und Beruf weiter zu erschweren. Eine Betrachtung der kumulativen Auswirkungen der Reformvorhaben auf Familien fehlt bislang gänzlich.

Wir fragen uns zunehmend: Was ist eigentlich der Plan der Bundesregierung? In verschiedenen Ministerien werden Reformen vorangetrieben, die jeweils nur für sich genommen begründet werden. Was in einzelnen Ministerien als begrenzte Veränderung erscheinen mag, summiert sich im Familienalltag zu einer erheblichen Gesamtbelastung. Familien erleben politische Entscheidungen nicht als einzelne Gesetzesänderungen, sondern in ihrer Gesamtheit. Finanzielle Belastungen, erhöhte Erwartungen an die Erwerbstätigkeit, steigende zeitliche Anforderungen, Engpässe in Kitas, Schulen und Pflege sowie neue Vereinbarkeitsprobleme setzen Familien von mehreren Seiten unter erheblichen Druck.

Die Reformpolitik verliert Familien aus dem Blick

Einschnitte beim Elterngeld (nur noch 12 anstatt 14 Monate), Wohngeld, beim Unterhaltsvorschuss (nur noch bis zum 16. Lebensjahr) und bei der sozialen Sicherung von Kindern (z.B. Wegfall des Sofortzuschlags) treffen auf Reformvorhaben in der Pflege, darunter Kürzungen bei der rentenrechtlichen Anerkennung von Pflegezeiten. Hinzu kommen unklare Aussichten für die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen im SGB VIII und IV, über längere Arbeitszeiten und eine verpflichtende ärztliche Krankschreibung am ersten Tag. Gleichzeitig hält der Ausbau einer verlässlichen und bezahlbaren familienunterstützenden Infrastruktur für Ganztagsbetreuung und Pflege mit den wachsenden Anforderungen nicht Schritt.

Die Bundesregierung richtet ihren Blick stark auf eine Ausweitung des Arbeitskräfteangebots, berücksichtigt aber nicht, unter welchen Bedingungen Menschen mit Sorgeverantwortung überhaupt erwerbstätig sein können. Kinder müssen betreut, pflegebedürftige Angehörige versorgt werden. Diese gesellschaftlich notwendige Arbeit verschwindet nicht dadurch, dass die Anforderungen des Arbeitsmarktes steigen. Im Gegenteil: Durch fehlende Investitionen in eine entsprechende Infrastruktur wird familiäre Care-Arbeit noch wichtiger. Und gleichzeitig ist gelingende Care-Arbeit eine Grundlage für eine funktionierende Wirtschaft.



Mehr Druck schafft nicht automatisch mehr Erwerbsarbeit

Die Hoffnung, durch finanzielle Einschnitte zusätzliche Arbeitskräfte zu mobilisieren, könnte sich als Trugschluss erweisen. Neue Vereinbarkeitsprobleme können gerade bei Müttern und pflegenden Angehörigen dazu führen, dass vollzeitnahe Beschäftigung schwieriger statt leichter wird.

Wer das Arbeitskräftepotenzial erhöhen will, muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Menschen mit Sorgeverantwortung tatsächlich mehr arbeiten können. Dazu gehört auch eine funktionierende Gleichstellungspolitik, damit Sorgeverantwortung nicht mehr überwiegend auf Müttern lastet, sondern partnerschaftlich zwischen den Eltern verteilt wird. Mehr finanzieller Druck und längere mögliche Arbeitszeiten ersetzen weder einen Kitaplatz noch eine verlässliche Ganztagsbetreuung oder eine funktionierende Pflegeinfrastruktur.

Fehlen diese Voraussetzungen, reduzieren Familien oftmals notgedrungen ihre Erwerbsarbeitszeiten. Was kurzfristig die Vereinbarkeit erleichtert, führt langfristig zu geringeren Einkommen und Rentenansprüchen, insbesondere wenn die Beschäftigung als Minijob ausgeübt wird. Besonders widersprüchlich ist vor diesem Hintergrund, gleichzeitig die rentenrechtliche Absicherung von Pflegezeiten einzuschränken.

Belastungen reichen bis weit in die Mitte der Gesellschaft

Die Reformen treffen alle Familienformen bis weit in die gesellschaftliche Mitte und verschärfen zugleich bestehende soziale Ungleichheiten. Familien mit niedrigen Einkommen verfügen über weniger Reserven, um Leistungskürzungen auszugleichen. Alleinerziehende und Familien mit umfangreichen Pflegeaufgaben sind aufgrund ihrer besonderen Vereinbarkeitssituation zusätzlich belastet.

Die AGF begrüßt die geplanten Erhöhungen von Kindergeld und Kinderfreibetrag. Hierbei handelt es sich jedoch um gesetzlich vorgeschriebene Erhöhungen, die nur die Inflationsrate ausgleichen sollen und nicht ausreichen, um die beschriebenen Belastungen abzufedern. Hinzu kommt, dass viele Familien von einer Erhöhung des Kindergeldes gar nicht profitieren, weil sie direkt mit SGB II Leistungen oder dem Unterhaltsvorschuss verrechnet werden. Somit werden Familien weiterhin abhängig vom Einkommen unterschiedlich stark entlastet. Die AGF fordert eine Anhebung des Kindergeldes auf die maximale Entlastungswirkung des Kinderfreibetrags. Auch das Existenzminimum von Kindern muss neu berechnet und konsequent an ihren spezifischen Bedarfen für ein gutes Aufwachsen und gesellschaftliche Teilhabe ausgerichtet werden.

AGF fordert systematische Unterstützung für Familien

Die AGF fordert die Bundesregierung auf, ihre Reformvorhaben nicht länger isoliert zu betrachten und zu legitimieren. Notwendig ist eine ressortübergreifende Ent- statt Belastungsstrategie für Familien, die finanzielle Auswirkungen ebenso berücksichtigt wie Folgen für Zeitbudgets, Gleichstellung, die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit und die soziale Absicherung. Haushaltskonsolidierung und Sozialstaatsreform dürfen nicht zu Lasten von Familien gehen. Werden Leistungen eingeschränkt, Erwerbsanforderungen erhöht und gleichzeitig die öffentliche Infrastruktur nicht ausreichend gestärkt, werden Belastungen und Risiken vom Staat auf die Familien verlagert und damit ihr Armutsrisiko erhöht.

Familien übernehmen mit der Erziehung von Kindern und der Pflege hilfebedürftiger Angehöriger einen unverzichtbaren Teil gesellschaftlicher Sorgearbeit. Politik muss dies anerkennen und die Rahmenbedingungen schaffen, damit Sorgearbeit und Erwerbstätigkeit miteinander vereinbar sind. Das ist bereits jetzt ohne die aktuelle Spar- und Reformpolitik der Bundesregierung eine Herausforderung für viele Familien.

Wenn Bundespolitiker:innen die niedrigen Geburtenraten bedauern, während sie gleichzeitig die Familien von allen Seiten belasten, handeln sie widersprüchlich. Investitionen in Familien und Kinder sind keine konsumtiven Ausgaben, sondern Investitionen in die Zukunft der Gesellschaft. Ausgerechnet hier die Grundlage für eine Haushaltskonsolidierung zu legen, bedeutet, die Kosten auf morgen zu verschieben und zu vergrößern: Die AGF fordert die Bundesregierung deshalb auf, ihre kurzsichtige Spar- und Reformpolitik zulasten von Familien zu beenden. Andernfalls werden die heute vermeintlich eingesparten Kosten morgen von der gesamten Gesellschaft zu tragen sein.

Berlin, August 2026